

Haushaltsrede 2014 der Fraktion „Die Republikaner“ Stadtallendorf

(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

sprudelnde Steuereinnahmen für Bund, Länder, Gemeinden und Landkreise sind zum größten Teil Folgen der guten Konjunktur in unserem Land, die wir derzeit zweifellos haben und zur Sanierung unserer Staatsfinanzen beitragen. Wer hätte an diese Entwicklung noch in den letzten Jahren überhaupt geglaubt? Es scheint nun so zu sein, dass wir die Rezessionsphase überwunden haben und die zukünftige Entwicklung unserer Staatsfinanzen nun zu einer sinkenden Verschuldung und einer generationsgerechten Gestaltung unserer Haushalte führen wird. Ob das dieses Tal der Tränen auf Dauer jedoch überwunden sein wird, wird sich sicherlich in den kommenden Jahren noch herausstellen.

Meine Damen und Herren, mir ist nicht bekannt, ob die hiesige Stadtverordnetenversammlung jemals zu einem solch späten Zeitpunkt wie heute ihren Haushalt zur Verabschiedung brachte. Die Gründe hierzu kennen wir bereits und ich darf mir erlauben, hierauf nicht näher einzugehen. Ein Wort sei mir jedoch dahingehend gestattet, dass ich es als unfair betrachte, wenn die CDU-Fraktion, wie im vergangenen Fachausschuss einst geschehen und auch hier heute in ihrer Haushaltsrede, nun dem jetzigen Bürgermeister und Stadtkämmerer die Schuld an der verzögerten Einbringung unseres Haushaltes zuzuweisen versucht. Fakt ist, dass seit Amtsübernahme unseres neuen Bürgermeisters wir alle eine durchaus sehr gute Zusammenarbeit mit der gesamten Verwaltung und ihrer Spitze haben feststellen können. Daher betrachte ich es auch bezüglich des Miteinanders und auch hinsichtlich der Menschlichkeit als nicht förderlich, wenn derartige Schuldzuweisung – insbesondere in der Öffentlichkeit – erfolgen. Dieses Verfahren beurteile ich persönlich als kontraproduktiv und unangebracht, vor allem aber als ungerecht gegenüber dem jetzigen Amtsinhaber. Wir wollen keine Schuldzuweisung machen, wir wissen aber alle, dass es ganz offensichtliche Defizite in den personellen Strukturen der Finanzverwaltung gegeben hat, die der jetzige Bürgermeister zu seinem Amtsantritt vorgefunden hatte und hierfür ist nicht dieser, sondern der vorherige Amtsinhaber verantwortlich. Und von dieser Meinung rücke ich nicht ab. Bei den städtischen Gremien die Verfahrensabläufe nicht bekannt waren bzw. vorenthalten wurden, kann diesen somit auch nur indirekt der Vorwurf gemacht werden, das Dilemma mit verursacht zu haben. Jedenfalls hat die Verwaltung darauf reagiert und personelle Entscheidungen getroffen, so dass ein derartiges Vorkommnis künftig vermieden werden kann. Und hierzu sollten wir es auch belassen.

Was meine Fraktion jedoch in erheblichem Maße stört ist die Tatsache, dass wir derzeit nur den Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2007 vorliegen haben. Der 2008er Abschluss wird noch in diesem Jahr fertiggestellt und den städtischen Gremien vorgelegt. Es fehlen dann aber immer noch die Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2009 – 2014, die sich fortlaufend weiterführen. Da wir den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechen können, liegt die Befürchtung nahe, dass wir ab dem nächsten Haushaltjahr als Folge für zumindest die nächsten 4 Jahre keinen haushaltsplanerischen Handlungsspielraum mehr besitzen werden.

Wir haben uns zukünftig nur noch auf unsere Pflichtaufgaben zu beschränken. Für freiwillige Leistungen wird kein Spielraum mehr sein. Unsere Haushaltsgestaltung wird in den nächsten Jahren die Finanzaufsicht des hiesigen Landkreises bzw. das Regierungspräsidium abwickeln. Wirklich keine rosigen Zukunftsaussicht, meine Damen und Herren. Durch den Verlust unserer Finanzhoheit wird unsere kommunale Selbstverwaltung immer mehr ins Hintertreffen geraten. Auch für dieses Dilemma ist ein Defizit der Verwaltungsspitze – wie bereits erwähnt – in der Personalplanung und den personellen Strukturen der vergangenen Jahre verantwortlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Vorredner sind bereits ausführlich auf die Zahlenwerke eingegangen, so dass ich als letzter Redner nichts Bekanntes wiederholen möchte. Ich beschränke mich daher nur auf eine kurze Wertung des vorliegenden Haushalts und dessen Zahlenmaterials. Entgegen anderer Kommunen sind wir in der glücklichen Lage, wieder einmal einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Unser Finanzhaushalt sieht ein Investitionsvolumen von rd. 5,24 Mio. EURO vor. Für dessen Investitionen sind keine Kreditaufnahmen erforderlich. Die Verschuldung nimmt um rd. 0,62 Mio. EURO ab. Der jahresbezogene Finanzmittelfehlbedarf im diesjährigen Finanzplan kann durch vorhandene Finanzmittel gedeckt werden. Unsere Steuerschuld reduziert sich – hören Sie, jetzt bin ich hier durcheinander geraten – bis Ende 2014 nein um 2,21 Mio. EURO auf insgesamt 10,1 Mio. EURO. Einbezogen weiterer städtischer Schulden hinsichtlich unserer beiden Eigenbetriebe Stadtwerke und DuI wird der städtische Schuldenstand eine Höhe von insgesamt rd. 22 Mio. EURO aufweisen. Auch hier gilt für die nächsten Jahre mein allseits bekannter Slogan „Notwendiges rangiert vor wünschenswert“. Und an diesen Grundsatz hat sich nicht nur das Parlament, sondern auch die Verwaltung zu richten. Weil es kein Spielraum, wie z. B. für einen Raucherpavillon für den rd. 12.000 EURO durch den Eigenbetrieb DuI vorgesehen war. Die ordentlichen Aufwendungen weisen eine Summe in Höhe von rd. 54,274 Mio. EURO auf. Der Produkthaushalt weist aufgrund von gestiegenen Steuererträgen eine Höhe von rd. 48,7 Mio. EURO auf, die Gewerbesteuererinnahmen belaufen auf 36,55 Mio. EURO. 4,5 Mio. EURO mehr als im letzten Haushaltsjahr. Unser Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer steigt ebenfalls um rd. 0,3 Mio. EURO. Wie zu erkennen, können wir auch hier in Stadtallendorf wie der Bund von sprudelnden Steuererträgen reden. Dies kommt letztendlich auch unseren Bürgerinnen und Bürgern zugute. Es sind abermals keine Steuern- und Gebührenerhöhungen oder gar Leistungskürzungen eingeplant. Hierauf – so meine ich – können wir alle stolz sein. Und, dass dies keine Selbstverständlichkeit mehr in unserer heutigen Zeit ist, bestätigen die negativen Finanzentwicklungen anderer Städte und Gemeinden. Auch ist zu beachten, dass das Anspruchsdenken unserer Bevölkerung stetig am steigen ist. Wie immer profitiert auch unser Kreis durch unsere erhöhten Einnahmen. Alleine 28,25 Mio. EURO zahlt unsere Stadt an Kompensationsgewerbesteuer, Kreis- und Schulumlage. Ein Betrag aus unseren als überdurchschnittlich hoch zu bewertenden Steuereinnahmen, welche wir selber zu einer Stabilisierung unseres Haushaltes dringend gebrauchen könnten.

Nicht unerwähnt will ich lassen, dass unsere Stadt trotz ihrer hohen Einnahmen ein generelles Ausgabeproblem hat. Das hat auch der Bürgermeister so in seiner Haushaltseinbringung von sich gegeben. Durch erforderliche Sanierungsmaßnahmen an die in die Jahre gekommenen städtischen Liegenschaften fehlen uns finanzielle Ressourcen in übrigen Bereichen. Die Großbauprojekte Sanierung Hallenbad und Neubau des Baubetriebshofes, die Sanierung unseres Gemeinschaftszentrums sowie die Investition für den Bereich für den Bau des neuen Feuerwehrgerätehauses binden in den folgenden Jahren derartige Finanzmittel, dass kaum Freiräume für andere Investitionen vorhanden sind. Aufgrund dieser Verpflichtung appelliere ich nochmals an die Verwaltung und den städtischen Gremien, sich vom Wunschdenken zu

verabschieden und unsere zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nur für dringend notwendige Maßnahmen auszugeben. Meine Fraktion jedenfalls wird in den nächsten Jahren hierauf verstärkt achten und allen unnötigen Ausgaben rigoros ihre Ablehnung aussprechen.

Für die Zukunft kann daher nur die Devise lauten: Generierung von Einsparpotentialen. Der Aufbau von Rücklagen hat oberste Priorität zu genießen, denn Schulden und Defizite von heute sind die Steuern und Abgaben von morgen. Rügen muss ich dennoch die Verwaltung dahingehend, dass diese Investitionen im Haushalt eingeplant hat, welche mit den städtischen Gremien nicht abgesprochen wurden. Hier z. B. ist der Ansatz in Höhe von 215.000 EURO für die Umgestaltung der Teichanlage am Iglauer Weg zu erwähnen. Auch wenn dieses Projekt im Rahmen des Förderprogrammes „Soziale Stadt“ stattfindet, fand ich es für erstaunlich, über diese Maßnahme lediglich über den Haushaltsplan und letztendlich aus der Presse informiert worden zu sein. Ich finde, dass es dringend notwendig ist, dass bei geplanten Investitionen der Umfang der Planung in den städtischen Gremien besprochen werden und ein Einvernehmen des Parlamentes erzielt werden sollte. Es kann nicht angehen, dass wir Parlamentarier über derartige Vorhaben der Verwaltung erst über den Haushaltsplan bzw. die Presse informiert werden.

Zu den vorliegenden Haushaltsanträgen der CDU-Fraktion bitte ich, Herr Lang, um eine punktuelle Abstimmung. Der erste Änderungsantrag, den Ansatz für Investitionszuschüsse zur Eigenheimförderung von 64.000 EURO auf 100.000 EURO zu erhöhen, lehnt meine Fraktion ab. Im zuständigen Fachausschuss nachgefragt, reichen die bisherigen Planansätze zur Verwaltung völlig aus. Dieser Punkt ist daher irrelevant.

Der zweite Änderungsantrag, den Ansatz für den Neubau des Geh-/Radweges der K 92 von 100.000 EURO auf 10.000 EURO zu reduzieren, lehnt meine Fraktion ebenfalls ab. Sind nicht mit drin. Ja, das haben Sie zu verschulden, wenn Sie erst zur Sitzung mit geänderten Anträgen kommen. Herr Lang sagt: „Der Herr Breitenstein hat vorhin zu Beginn der Sitzung jedem Stadtverordneten diese Kopie...“ Herr Thierau spricht: „Naja gut, dann habe ich auch noch genug Zeit das Ganze durchlesen zu können. Das ist eine Unverschämtheit. Die SPD-Fraktion hat das eben auch so zum Ausdruck gebracht. Also hier ziehen Wogen ein, die mir seit 21 Jahren unbekannt geblieben sind. Ich finde diese Entwicklung, Herr Klenner, für nicht gut. Das muss ich an dieser Stelle auch mal ganz klar und deutlich von mir geben. Tut mir leid. Dieser Antrag wäre für uns sowieso unrealistisch gewesen. Die Verwaltung wünscht sich eine durchgängige Finanzierung, da der Mittelansatz für die Planungsphase benötigt wird. Abgesehen davon können wir davon ausgehen, dass wir die nächsten Haushalte keine freiwilligen Leistungen mehr durch die übergeordnete Fachbehörde genehmigt werden. Dies betrifft ebenso die Antragspunkte 3 und 5, die die Republikaner-Fraktion ebenso ablehnen wird. Den Ansatz in Höhe von 30.000 EURO für den Ausbau des Weges zum Tennisverein in Nieder Klein ersatzlos zu streichen, ohne dass im Vorfeld der Ortsbeirat überhaupt angehört wurde, empfinden wir als eine völlig unangebrachte Verhaltensweise. Ebenso ist für meine Fraktion nicht nachvollziehbar, warum der Ansatz für die Teichanlage Iglauer Weg von 215.000 EURO auf 65.000 EURO reduziert werden soll. Wie wir im Fachausschuss III in Erfahrung gebracht haben, findet die Planung im Rahmen der Sozialen Stadt statt. Der finanzielle Planansatz muss noch in diesem Jahr hinsichtlich einer Förderung eingereicht werden. Abgesehen davon haben sich die Institutionen, die den Neubau der Seniorenwohnanlage im nahen Umfeld der Teichanlage als Investorenplan die Umgestaltung der Teichanlage als Forderung gestellt. Davon können wir nicht abweichen. Ich glaube behaupten zu können, dass uns die Erweiterung des seniorengerechten Wohnens auch hinsichtlich des demographischen Wandels mehr am Herzen liegen sollte, als Gefahr zu laufen, dass uns die Investoren weglauen und wir uns diese verprellen. Den Punkt 6 für die

Umgestaltung des Rathausparks einen Ansatz von 75.000 EURO einzuplanen, können wir ebenso nicht zustimmen. Wenn wir das Geld hierzu hätten, können wir unsere Zustimmung erteilen. Aber wir haben die finanziellen Ressourcen hierfür nicht. Auch kommt von meiner Fraktion keine Umschichtung von bereits eingeplanten Finanzmitteln in Betracht, sondern, dass wir auch dazu uns genötigt fühlen, diesen Antrag ebenso abzulehnen. Den Punkt 7, 4.000 EURO für die Nachwuchsförderung und Gewinnung unserer Feuerwehren anzusetzen, stimmen wir zu. Ganz überrascht hat uns nun heute zur Sitzung, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, ihr Änderungsantrag zu ihren bisherigen Haushaltsanträgen. Da wir in der Fraktion den neuen Antrag nicht haben besprechen können und die Punkte sich nur geringfügig geändert haben, wird die Republikaner-Fraktion - außer dem Punkt 1 - sämtliche andere Punkte ablehnen.

Dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtwerke wird meine Fraktion ihre Zustimmung erteilen.

Hinsichtlich dem Wirtschaftsplan Dienstleistungen und Immobilien wird sich meine Fraktion enthalten. Unsere Enthaltung resultiert daraus, dass für den Neubau unseres Baubetriebshofes sich die Kosten anhand der Ausschreibung um 500.000 EURO erhöhen sollen. Wir hatten damals anlässlich der Abstimmung zum Neubau unsere Zustimmung verweigert, da wir u. a. für die Projektplanung und Durchführung gerne das junge Architekturbüro aus Alsfeld beauftragt hätten. Unsere weiteren ablehnenden Punkte hier heute zu wiederholen werde ich mir ersparen. Wir wissen schon, warum wir seinerzeit dem Antrag der Verwaltung unsere Zustimmung verweigerten. Die jetzige Kostenerhöhung um 500.000 EURO bestätigt jedenfalls unsere ablehnende Haltung, auch gegenüber dem beauftragten Architekturbüro aus Kassel. Dem Antrag der GRÜNEN kann meine Fraktion hier heute auf die Schnelle ebenso ihre Zustimmung nicht erteilen. Besser wäre es gewesen, wenn der Antrag früh genug schon zu den Haushaltsberatungen eingereicht worden wäre. Schon formell können wir heute unmöglich dem Antrag zustimmen. Meine Vorredner haben hier bereits drauf hingewiesen. Da durch den beabsichtigten Mittelansatz in Höhe von 40.000 EURO wir mit unserem Haushalt in ein Defizit geraten würden und wir als Folge daraus aufgrund eines unausgeglichene Haushaltes ein Sicherungskonzept zu erstellen hätten. Ohne ein solches Haushaltssicherungskonzept würde unser heutiger Haushalt durch die übergeordnete Fachbehörde nicht zur Genehmigung gelangen. Ich schlage daher den GRÜNEN ernsthaft vor, ihren Antrag zurückzuziehen und im nächsten Haushaltsjahr als ihre Mittelanforderung erneut einzubringen.

Meine liebe Fraktion von dem BÜNDNIS GRÜNEN, mit Entsetzen, Michael, muss ich heute zur Kenntnis nehmen, dass deine Fraktion den Haushaltsanträgen der CDU-Fraktion ihre Zustimmung erteilen wird. Ich habe es bereits schon zum Ausdruck gebracht, auch haben meine Vorredner u. a. Kollege Hesse auf die Folgen in seiner Rede bereits hingewiesen: Wenn wir hier heute aufgrund der vorliegenden, ihrer Anträge ein Haushaltsdefizit verursachen, so wird unser Haushalt durch die zuständige Fachbehörde zweifelsohne ohne Vorliegen eines Haushaltssicherungskonzeptes nicht zur Genehmigung gelangen. Ich bin schon heute gespannt, welche Kürzung sie im Haushalt vornehmen werden, insbesondere welche Steuern, Gebühren und Abgaben auch Sie meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion vornehmen werden. Da bin ich mal gespannt. Dies müssen Sie dann unseren Bürgerinnen und Bürgerinnen vor Ort erklären. Ich bin fassungslos und zutiefst enttäuscht, dass Sie sich haben heute, meine Dame, meine Herren von den GRÜNEN, von der CDU-Fraktion haben kaufen lassen. Im Hintergrund nämlich mit dem Belangen, dass Sie im Gegenzug Zustimmung zu Ihrem Antrag erhalten. Enttäuschend, nun ja, so ist die Politik. Genau, Carla, eine dreckige Politik, die ich nicht verantworten kann. Tut mir leid. Und das hat mich

insbesondere in der letzten Stunde ziemlich aufgewirbelt. Ich kann es nicht fassen. Ich dachte immer, Sie wären doch so Art demokratisch eingestellt. Aber sich so erbärmlich kaufen zu lassen, dass ist abscheulich. Tut mir leid. Nun ja, das haben Sie meine Damen und Herren von den GRÜNEN und auch von der CDU-Fraktion selber zu verantworten. Auf Ihre Argumentation gegenüber der Öffentlichkeit bin ich aber schon heute gespannt.

Ich komme nun zum Schluss – wie immer an dieser Stelle – darf ich mich bei allen an diesem Zahlenwerk Beteiligten für ihre mühevollen Arbeit an der Erstellung des heutigen Haushaltsplanes recht herzlich bedanken. Insbesondere gebührt mein Dank Herrn Riedl. Ihnen, meine Damen und Herren, bedanke ich mich für ihr geduldiges Zuhören.